

23. I. 1918

Anfrage des Czechischen Verbandes.

Anfrage der Abgeordneten Stanek, Haberman, Dr. Gruban, Klossac, Dr. Koerner, Sedlak, Tuzar und Udrzal an den Ministerpräsidenten:

I. Ist die Regierung bereit, endlich einmal das würdelose Spiel mit dem Prinzip der Selbstbestimmung aufzugeben und einzusehen, daß sie damit die Friedensstimmung in der ganzen Welt, besonders in Russland, schwer schädigt und das Vertrauen in die Aufrichtigkeit des Friedenswillens der Monarchie erschüttert? Warum ist sie nicht offen gegen die Annektionsabsichten des Deutschen Reiches aufgetreten? Warum schürt Graf Czernin den nationalen Streit zwischen Polen und Ukrainern, indem er den Polen ukrainisches Gebiet verspricht? Hat nunmehr die Regierung das Prinzip der Nichteinmischung nicht aufgegeben, indem sie bei den Verhandlungen mit den ukrainischen Delegierten in Brest-Litowsk zum erstenmal die berechnete Forderung der Ukrainer, sich für die Lage ihrer Stammesgenossen diesseits der Reichsgrenze auf der Friedenskonferenz interessieren zu dürfen, offiziell anerkannt hat?

II. An unserem Programm der Errichtung eines eigenen unabhängigen czechischen Staates, wo das gesamte öffentliche Leben und insbesondere alle Arten von öffentlichen Ver-

tretungen auf rein demokratischen Prinzipien aufgebaut werden sollen, unentwegt festhaltend, sind wir auch bereit, alle Schritte zur Demokratisierung tatkräftig zu unterstützen.

In der begründeten Befürchtung, die den Arbeitern gegebenen Zusagen seien nicht ernst gemeint, fragen wir die Regierung: 1. Ist sie bereit, diese Zusagen auch dem Parlament gegenüber verbindlich zu wiederholen? 2. Ist sie bereit, ohne Rücksicht mitzuteilen, wie und wann sie die so erwünschte und von den Czechen stets geforderte volle Demokratisierung des Gemeinwahlenrechtes durchzuführen gedenke? 3. Da seit Jahren kein Landtag tagt, die meisten aufgelöst sind, respektive ihre Funktionsdauer abgelaufen ist, und andererseits die Regierung Neuwahlen im Kriege perhorresziert, wie stellt sie sich die Erfüllung ihres Versprechens vor?

III. Wie kann die Regierung ernstlich an eine Gemeinwahlenreform denken, in den Landesvertretungen jedoch das Kurien-system aufrechterhalten?

IV. Ist es nicht an der Zeit, das Haupthindernis jeder Demokratisierung, das von der Regierung ernannte Herrenhaus, wo ganze Nationen und Klassen ohne Vertretung sind, in dieser Zusammensetzung abzuschaffen?

V. Da die Czechen durch die Härten und gesetzwidrige Handhabung des Kriegesleistungsgesetzes schwer gelitten haben sowie aus prinzipiellen Gründen fragen wir, ob die Regierung geneigt ist, den versprochenen neuen Gesetzentwurf über die Neuregelung der Arbeitsverhältnisse in den militarisirten Betrieben sofort vorzulegen und der unverzüglichen Durchberatung und Beschlußfassung weder selbst noch durch ihren Einfluß im Herrenhause ein Hindernis entgegenzusetzen.

VI. In voller Würdigung der berechtigten Beschwerden der Arbeiterschaft, betreffend die Approvisionierung und die Hervorhebung der Tatsache, daß in den böhmischen Ländern ein empfindlicher Nahrungsmittelmangel herrscht, während bei rücksichtsloser Wegnahme der letzten Vorräte auch die übrigen Bevölkerungsschichten dem Hunger ausgesetzt werden, fragen wir die Regierung, ob sie bereit ist, die geregelte Approvisionierung auch der böhmischen Länder sicherzustellen und insbesondere den allgemeinen Approvisionierungsplan nicht darauf zu begründen, daß man über Lebensmittel verfügt, die tatsächlich nicht existieren, respektive den letzten Wiffen bilden? Ist sie bereit, mit Rücksicht auf die Approvisionierung endlich ein ernstes, letztes Wort mit Ungarn und den Bundesgenossen zu sprechen?